

Der Steinmetz

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetze Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 6 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Verbandsstelle in Leipzig
Zeiter Straße 30 IV, Volkshaus, Ausgang C
Fernruf 7503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreispaltige Kleinzeile 4 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einfindung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 5

Sonnabend, den 4. Februar 1922

26. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperre, Streik, Zuzug fernhalten“ in jedem Fall Einkündigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzubringen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten eingeht, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Laufende Notizen unter: „Gesperre“, „Streik“, „Zuzug fernhalten“, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrenotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperre geschildert wird.

Gesperre:

Betrieb Reiner in Augsburg-Pfersee. Firma Buchmeyer in Gerde. In Naumburg Platz Horn. Das Grabsteingeschäft von Franz Kolf in Baderborn. In Merseburg sämtliche Grabsteingeschäfte.

Streik:

In Bremen (Marmorarbeiter). In Mählfhausen, Thür. (in sämtlichen Grabsteingeschäften sowie bei Högel und Ortlepp in Payerode). In Merseburg Platz Grünide. In Langensalza (Gebr. Ritsche). In Großschubach.

Zuzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik von Osterwald (Platz Reine u. Illemaun), Billingen (Firma Bühler). Von den Grabsteingeschäften in Friedberg und Bad Nauheim (Hessen). Von München (allgemein), von Bennigsen a. Deister. Von Krefeld. Von Bremen (Steinmetzen).

Sachsentarif. (Werstein und Grabal.) Die Arbeitgeber verlangen die Einhaltung einer vierwöchigen Kündigungsfrist, obgleich davon nichts vereinbart wurde. Sie wollen deshalb erst vom 15. Februar an einer eventuellen Lohnhöhung zustimmen.

Forderungen für die Kollegen in der Granitschleifereibranche (R. L. T.). Die bevorstehende Brotverknüpfung und das mit ihr in Verbindung stehende Anziehen der Preise aller notwendigen Bedarfsartikel haben den Verbandsvorstand veranlaßt, beim R. D. G. zu beantragen, ab 2. bzw. 3. Februar mit den restlichen 20 Prozent auf die bisherige Teuerungszulage noch 50 Prozent und ab 16. bzw. 17. Februar weitere 150 Prozent in Kraft treten zu lassen.

Von der Stellungnahme des R. D. G. werden die Kollegen sofort unterrichtet.

Erledigte Bewegungen.

Weimar. Stundenlohn vom 1. Januar 1922 11.70 Mark. In Biffelbach, Bad Sulza, Apolda vom 1. Januar 1922 11.20 Mark. Die Stundenlöhne in all den genannten Orten sind immer 25 Pf. höher als der Maurerlohn.

Jannowitz. Die örtlichen Stunden- und Akkordlöhne für den Schleifertarif (R. L. T.) werden ab 21./23. Januar von 810 Proz. auf 960 Prozent, ab 11./13. Februar um weitere 150 Prozent erhöht. Die Stundenlöhne betragen dann vom 1. Termin für Steinmetzen 10.60 M., für Spalter 9.55 M. und vom 2. Termin für Steinmetzen 12.10 M., für Spalter 10.90 M.

Bezirk Würzen-Grimma. Ab 12. Januar erfolgt auf die bestehenden Stunden-, Wochen- und Monatslöhne 15 Prozent Zuschlag. Der Teuerungszuschlag erhöht sich um 175 Prozent; über die Restforderung soll das Tarifamt Dresden entscheiden.

Berlin. Die Löhne in der Bau- und Grabmalbranche betragen von der Lohnwoche vom 27. bzw. 28. Januar an, Steinmetzen 15 M., Schleifer, Fräser usw. 14.80 M., Hilfsarbeiter bis 3 Monate in der Branche 11 M., bis sechs Monate 11.75 M., über sechs Monate 12.50 M.

Dresden-Pirna. Der Streik in der Steingewinnung des Elbsandsteingebiets ist, in Anbetracht der gegenwärtigen Umstände, mit leidlichem Erfolg beendet worden.

Steinach (S.-M.). Der Streik der Schieferplattenarbeiter bei der Firma Kleinert wurde mit Erfolg beendet. Es gelten nun dieselben Lohnsätze wie in den übrigen hiesigen Schiefer- und Weststeinwerken.

Billingen a. D. Der Stundenlohn wurde um 1.50 M. bzw. 1 M. erhöht. Die Steinmetzen und Stampfer erhalten vom 14. Januar an 9 M. und die Hilfsarbeiter 7 M. pro Stunde.

Kühberg b. Schweinfurt. Vom 1. Januar an betragen die Stundenlöhne für Steinmetzen 9.20 M.

Bedheim. Die Stundenlöhne der Schleifsteinmacher und der übrigen Steinmetze wurden vom 15. Januar an um 25 Proz. erhöht.

Münchberg. Die Löhne der Bausteinmetzen und der Brecher am Stedelingwerk erhöhten sich vom 2. Januar an um 2.70 M. pro Stunde. Die Stundenlöhne der Steinmetzen betragen somit 12.30 M. und der Brecher 13.30 M. Die Stundenlöhne der Marmorsteinmetzen, der Hobler, Schleifer, Hilfsarbeiter usw. erhöhen sich vom 16. Januar an um 1 M., vom 23. Januar an um weitere 80 Pf. und vom 13. Februar an um abermals 50 Pf. Die Löhne der Frauen erhöhen sich von den gleichen Terminen an um 60, 50 und 30 Pf.

Vom Selbstbewußtsein zum Klassenbewußtsein.

Es wäre eine irrtümliche Auffassung vom Wesen der Arbeiterbewegung, wollte man annehmen, daß das Proletariat seit jeher die gleiche Klasse mit der gleichen Kampfeinstellung bildete, wie heute. Das moderne Proletariat, unter dem wir alle Personen verstehen, die nicht im Eigentum von Produktionsmitteln sind und sich in einem abhängigen Lohnverhältnis zu einem Arbeitgeber befinden, ist eine Folgeerscheinung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das in Deutschland mit Beginn des 17. Jahrhunderts seinen Siegeszug antritt und bis heutigen Tages in fortwährender Aufwärtsentwicklung befindlich ist.

Es ist das große Verdienst von Karl Marx, nachgewiesen zu haben, daß alle bisherige Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen war, daß also der Klassenkampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker nicht erst mit dem kapitalistischen Zeitalter einsetzt, sondern in gleichem Sinne, wenn auch in anderen Formen schon im Altertum und im Mittelalter geführt wurde. Gleichgültig ist hierbei, ob sich die Klassen als Patrizier und Plebejer, als Freie und Hörige, als Adlige und Bauern oder als Arbeitgeber

und Arbeitnehmer gegenüberstehen — wesentlich ist für alle diese Rechtsverhältnisse die Abhängigkeit der einen von den anderen. Lediglich der Urkommunismus kennt eine solche Klasseneinteilung der Menschen nicht; schon die ihn ablösende Tauschperiode jedoch bringt eine Scheidung der Menschen nach dem Besitz von Produktionsmitteln.

Die Klasseneinteilung erfolgt nach bestimmten Wirtschaftsfaktoren, unabhängig von dem Willen und dem Bewußtsein der einzelnen. Eine Klasse kann sich erst dann als Klasse fühlen, wenn sich sämtliche Angehörige dieser Klasse ihrer Stellung in der Gesellschaft, im Wirtschaftskomplex bewußt geworden sind. Eine lange Periode wirtschaftlicher Abhängigkeit gehörte dazu, bis der Proletarier zum Bewußtsein seiner selbst gelangte. Erst mußten sämtliche Voraussetzungen klassenbildender Art erfüllt sein, bevor der Proletarier seine Lage einzusehen begann und sich als Proletarier fühlte.

Die gleiche Entwicklung sehen wir bei den Angehörigen der anderen Klassen. Aus den beiden großen Gruppen des Adels und der Hörigen bildete sich, namentlich in Frankreich, eine Schicht heraus: das Bürgertum. Es konsolidierte sich, ohne sich dieses Vorgangs in seinen wirtschaftlichen und geschichtlichen Einzelheiten völlig bewußt zu sein. Erst die französische Revolution, die Erhebung des dritten Standes, die wir heute als typischen Kampf des zum Selbstbewußtsein gelangten Bürgertums gegen Merkantilismus und Feudalismus werten, erweckte in dem Bürgertum die Erkenntnis seiner Mission, die über 1848 hinaus anhielt, um erst durch die proletarische Bewegung, die Erhebung des vierten Standes, abgelöst zu werden. Die äußeren Zeichen dieses zum Selbstbewußtsein erwachten Proletariats sind die Kämpfe um die Pariser Kommune, die russischen Revolutionen von 1905 und 1917 und die deutsche Novemberrevolution vom Jahre 1918.

Der Vorgang, der sich in dem Denken einer Klasse bis zu dem Augenblicke abspielt, in dem sie zum Selbstbewußtsein gelangt ist, kann mit dem Denkprozeß im Gehirn eines Kindes verglichen werden. Das kaum geborene Kind ist sich seiner Handlungen nicht bewußt. Es sind Instinkthandlungen und Reflexhandlungen, d. h. Bewegungen, Reflexionen, Willensstundgebungen, die triebhaft — aus angeborenem oder angeleertem Trieb erfolgen, wobei die wachsende Erfahrung eine Rolle spielt — oder Willensbefindungen, die in Abwehr einer fremden Handlung oder im Reagieren auf diese bestehen. Das planmäßige Handeln des Kindes setzt in einer viel späteren Epoche ein, d. h. in dem Augenblicke, in welchem es sich über sein Tun Rechenschaft ablegt oder zum mindesten seine Handlungsweise durch Ueberlegung leiten läßt. Die Anfänge dieses Prozesses kann man vielleicht in das fünfte Lebensjahr setzen; jedoch können an dieser Stelle keine Einzelheiten zu einer Frage gegeben werden, deren Verantwortung Aufgabe des Arztes und des Psychiaters, nicht aber des Gesellschaftsforschers ist.

Bis zu diesem Punkte haben wir lediglich die Entwicklung des Menschen, und zwar besonders des Proletariats zum Selbstbewußtsein verfolgt. Eines weiteren Schrittes bedarf es, um in ihm das Klassenbewußtsein zu erwecken. Die Klasse ist etwas anderes, als eine Summe von Einzelmenschen. Sie ist ein höheres, ein drittes, gleichwie der Verein — nach juristischer Auffassung — nicht die Summe seiner Mitglieder ist, sondern etwas Neues, etwas Eigenes, eine neuartige Körperlichkeit. Der einzelne, der zum Bewußtsein seiner selbst gelangt ist, blickt um sich und sieht, daß es neben ihm zahlreiche Menschen gibt, die sich in der gleichen Lage befinden, wie er. Allmählich erweitert er seinen Gesichtskreis und lernt Abhängigkeiten zunächst empfinden, um sich alsbald gegen sie aufzulehnen. Bismarcks Wort von den gottgewollten Abhängigkeiten ist ein kluger, präzisierender Ausdruck, in dem breiten Massen des werktätigen Volkes den Glauben wach zu halten, daß alles so, wie es ist, gut sei, daß unsere Gesellschaftsordnung von Gott eingesetzt, und daß es frevelhaft sei, sich gegen sie aufzulehnen. Derartige Mächte sind bald nicht mehr imstande, das Proletariat in seiner geduldeten Lage zu erhalten. Mächtiger und mächtiger entwickelt sich aus dem Individualbewußtsein in das Sozialbewußtsein. Auf Grund der kapitalistischen Produktionsweise sieht der Arbeiter, daß er im Wirtschaftsprozess nicht ein einzelner ist, sondern daß er mit seinen Arbeitsgefährten in einem großen gesellschaftlichen Betriebe eingegliedert ist. Er erkennt den Charakter der Gesellschaftsarbeit — oder besser, den Gesellschaftscharakter der Arbeit, und aus dieser Erkenntnis heraus ermahnt in ihm das Klassenbewußtsein. Zunächst beschränkt es sich auf die Klasse der Nation, der der einzelne angehört. Sobald der Blick des Proletariats aber sich über die Grenzen seines Landes weitet, sieht er, daß in den anderen Ländern Arbeitskollegen unter den gleichen oder ähnlichen Bedingungen leben, wie er. Auch dort die scharfe Scheidung in Klassen, die Trennung in Besitzende und Nichtbesitzende, in Ausbeuter und Ausgebeutete. Mit dem Zeitpunkt, in dem der Arbeiter dieses Klassenverhältnis der bürgerlichen Gesellschaft erkannt hat, wird in ihm ein neuer Gedanke lebendig: der Gedanke der Solidarität der Schaffenden aller Länder. Und nun gibt es kein Zurück mehr. Der Arbeiter, der erst zum Selbstbewußtsein und dann zum Klassenbewußtsein erweckt worden ist, ist ein Klassenkämpfer geworden, der sich in dem Gedanken an die internationale Solidarität für die Interessen seiner Klasse einsetzt, ja, sich für sie aufopfert.

Der proletarische Klassenkampf hat die Ueberwindung der Klassen zum Ziel. Der Sozialismus ist diejenige Gesellschaftsordnung, die größtmögliche Freiheit für alle gewährleistet. Sie kennt keine Unterdrücker und keine Unterdrückten, keine Abhängigen und keine Anechte, keine Ausbeutung und keine Lohnrückerei. Noch sind wir weit von dem Ziel entfernt, aber wir wissen, gestützt auf die Lehren der Geschichte und der Wirtschaft, daß es eines Tages erreicht werden muß. Und bis zu diesem Tage hat das große Wort unseres Meisters Karl Marx unvergängliche Bedeutung: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Aus dem Mitgliederkreise über Verbandstagsfragen.

Unsere Stellung zum geplanten Baugewerksbund.

So lautet der 3. Punkt der Tagesordnung zur Verbands-generalversammlung 1922. Es wäre nun an der Zeit, sich damit eingehender zu beschäftigen, ehe wir einen Schritt begeben, der später vielleicht wieder bereut wird. Soll der Anschluß wirklich vollzogen werden, hat selbstverständlich eine Urabstimmung darüber stattzufinden. Was für Ziele hat der Baugewerksbund?

1. Zusammenfassung aller am Bauen beteiligten Gewerkschaften.

2. Die Sozialisierung des Baugewerbes vorwärts zu treiben. Zu 1. kann man wohl nicht gut behaupten, daß wir als Steinmetze ohne weiteres zu den Bauarbeitern gehören. Das Gegenteil hat Kollege Siebold eingehend in der Beiratsitzung am 8. November 1920 durch ein Referat dargelegt, was ich voll und ganz unterschreibe. Ich für meine Person bin für den Anschluß nicht zu haben, nicht etwa aus Verunsicherung an unserer alten Organisation festzuhalten, sondern weil sich das Alte durchaus bewährt hat, die ganzen Jahrzehnte hindurch. Kann man dieses von dem Neuen ohne weiteres sagen? Ich muß dieses verneinen.

Ein Teil unserer Mitglieder fordert den Anschluß an den Baugewerksbund. Aus welchen Gründen ist schon in einigen Artikeln an dieser Stelle im vergangenen Jahre dargelegt, und schlüssig bewiesen es der Artikel in Nr. 3 unserer Zeitung unter „Heidingsfeld“. Die Beiträge, Kranken- oder Erwerbslosenunterstützung, und die Entlohnung soll daran schuld sein. Darum schnell dem Steinmetzverband den Rücken gekehrt und hinein in das Paradies zu den Bauarbeitern. Ja, warum nicht gleich zu den christlichen, Kollege Künzler? Da paßt deine Argumentation viel besser zu! In dem Augenblick, wo wir zum Baugewerksbund übertreten, werden sich die Beiträge nicht verringern, sondern wahrscheinlich erhöhen, und der Bauarbeiterverband erhebt auch einen Wochenbeitrag in Höhe eines Stundenlohnes, genau wie unser Verband auch, und was schadet es, ob eine Klasse mehr oder weniger eingeführt wird, daran stirbt kein Kassierer! Sicher ist, daß wir mehr zahlen müssen, wenn der Anschluß sich vollzieht. Allein schon, weil der Verwaltungsapparat größer, aber mehr Aktivität kaum entwickelt wird. Die Gewerkschaften sind im ADGB zusammengeschlossen, dort soll man auch energischer als bisher unsere allgemeinen Forderungen vertreten — die zehn Forderungen schweben heute noch —. Was die Entlohnung anbelangt, so werden wir auch dort nicht besser abschneiden als bisher. Die Löhne der Steinmetze waren schon immer in einer großen Zahl Orte höher, mindestens aber mit denen der Bauarbeiter gleich, solange wir eine selbständige Organisation darstellen. Ob darin eine Wendung zum Besseren nach dem Uebertritt eintreten wird, verneine ich glatt. Einige Zahlstellen haben sich die Löhne der Bauarbeiter als Maßstab genommen bei Lohnbewegungen. Steigt der Lohn der Maurer, steigt er ohne weiteres für uns, mit einem entsprechenden Aufschlag. Wir in Magdeburg haben gerade nicht die besten Erfahrungen damit gemacht, einigen anderen Zahlstellen wird es ebenso ergehen. Die Arbeitgeber in der Steinindustrie haben sich im Reichssteinverband zusammengeschlossen, mit entsprechenden Fachgruppen. Unser Steinmetzverband ist ohne weiteres eine Industrieorganisation, und jederzeit in der Lage, auf jedem Spezialgebiet durch einen geeigneten Angestellten mit dem Reichssteinverband zu verhandeln. Im Baugewerksbund wird dies nicht immer der Fall sein. Gewiß hätte vieles besser sein können, das liegt aber letzten Endes nicht an unserer Organisationsform, sondern größtenteils an den Mitgliedern selbst; würde sich jeder einzelne eingehend mit unserer Sache beschäftigen und mitarbeiten, statt abseits stehen — leider tun dieses sehr viele Mitglieder —, dann würde es um unsere Sache viel besser stehen.

Beitragszahlung, damit man eine höhere Kranken- oder Erwerbslosenunterstützung bekommt — an die Streikunterstützung wird sehr oft erst in zweiter Linie gedacht —, macht es allein nicht. Ob nun dieser oder jener Verband etwas mehr Erwerbslosenunterstützung zahlt, wie der Steinmetzverband, das sollte gar nicht in Frage kommen. Nach meiner Ueberzeugung ist es Sache des Staates, für seine Kranken, erwerbslosen und invaliden Bürger aufzukommen, weil sie durch das kapitalistische System in diese Lage gekommen sind. Dieses System zu bekämpfen und zu beseitigen, dazu sind die Gewerkschaften gegründet worden, und unsere Beiträge sollten ausschließlich für diese Zwecke bereitgestellt werden, dann wären wir wirklich eine Kampfgewerkschaft, und der Arbeiterschaft wäre damit mehr gedient als bisher. Die Erwerbslosenunterstützung ist nur Mittel zum Zweck, erfordert große Verwaltungskosten, keinem ist damit viel gescholfen. Darum Abbau der Erwerbslosenunterstützung innerhalb der Gewerkschaften. Aufforderung an die Regierung, auskömmlich für Kranke, Erwerbslose und Invalide unter Heranziehung des Besitzes zu sorgen. Ist dieses einmal verwirklicht, dann können wir unsere Beiträge für die Bekämpfung des Kapitals verwenden. Dazu brauchen wir keinen neuen Bund, sondern wir haben den ADGB, der unsere Forderungen durchdrücken kann und muß. Nun zur Sozialisierung des Baugewerbes. Zu diesem Zweck hat der Bauarbeiterverband den Verband sozialer Faberbetriebe gegründet, an dem sich unser Gesamtverband und unsere Zahlstellen mit Kapital beteiligen, um die Sozialisierung vorwärts zu treiben. Das ist alles gut und schön, ob der Zweck erreicht wird, steht dahin, ich bezweifle es! Nehmen wir uns ein Beispiel an den Konsumvereinen, was sind da alles für Hoffnungen zu Grunde getragen, seit ihrer Gründung. Gewiß sind sie ein beachtenswerter Faktor, aber was sie sich als Ziel gesetzt hatten, haben sie nicht erringen können und laufen heute im alten Trott mit. Genau so wird es den Bauhütten und Betriebsverbänden gehen. Ueber die Sozialisierung ist schon viel geschrieben worden, zu einem brauchbaren Resultat ist man noch nicht gekommen, weil das Problem nicht so einfach zu lösen ist. Das wird auch ein Baugewerksbund nicht lösen, dazu bedarf er ganz anderer Mittel, die nur das Reich zur Verfügung hat. Wiederum fehlt eine Mehrheit im Reichstag, die den ernststen Willen hat, die Sozialisierung energisch zu fördern. Folglich bleibt uns weiter nichts übrig, als die Massen dementsprechend innerhalb der Gewerkschaften aufzuklären und nicht zerplündern oder gar alles in einen großen Topf zu werfen. Schließen wir uns dem Baugewerksbund an, so können wir sicher sein, daß diejenigen, die jetzt dafür eintreten, die ersten sind, die wieder abspringen, weil sie das nicht gefunden haben, was ihnen vorschmeißt, und auch niemals finden werden, nicht so wie die Begründungen der Befürworter es ausmalen und schließlich werden wir uns von neuem trennen. Darum möge sich jeder einzelne prüfen, wenn es wirklich zur Abstimmung kommt, ob Steinmetzverband oder Baugewerksbund!

Magdeburg.

Karl Reinecke.

Zur vollzogenen Beitragserhöhung.

Wie verschieden die Auffassung zu der notwendigen und bereits eingetragenen Beitragserhöhung sich ausläßt, zeigte der Steinmetze in Nr. 3 unter „Heidingsfeld“ mit dem Artikel des Kollegen Künzler. Dabei muß sich aber jedes Mitglied, auch das nur so mitlaufende, klar sein, daß ein Schönstein nicht rauchen kann, wenn das Feuer im Herd fehlt. Damit ist kurz die

Uebereinstimmung und ihre Wirkung angeben. Die Verbandsinstanzen haben sicher nur der Notlage Rechnung getragen und wollen der Kampfkraft das Maß halten. Kollege Künzler aber sieht darin etwas anderes, Kleinliches; beruft sich dabei unter anderem auf den Bauarbeiterverband und übersteht dabei, daß diese Organisation schon über 1/2 Jahr doppelt so hohe Beiträge festgesetzt hat, wie wir bis zum Jahresabschluss 1921 und auch mindestens sozial Klassen hat wie wir. Daß nun damit eine Degradierung der alten Verbandsmitglieder stattfindet, ist nur Gerücht ohne jede Unterlage. In der Verbandsversammlung kann es kein Verbot, sondern nur ein Vorwurf geben, und die Klasseneinteilung ist schon notwendig wegen dem unterschiedlichen Stundenlohn, ebenso machen es Krankenkassen, sowie alle Arten Versicherungen. Alles dreht sich bei unserer Beitragsregulierung um unsere eigene Existenz. Geld ist nötig, wenn wir die Halbtagsarbeit bei notwendigen Lohnerhöhungen brechen wollen, und sind der Klassen zueinander, dann liegt es ja nur an den Kollegen selber, ob wir künftig neun oder etwa nur sechs Klassen haben. Wie die Verhältnisse heute liegen — alle 14 Tage Lohnverhandlungen —, gibt es Orte, die überhaupt keine Unterbrechung in der Verhandlung mit den Unternehmern kennen. Deshalb darf kein Mitglied sich scheuen, auch der Organisation zu gehen, was ihr gebührt, wenn sie eine wirkliche Hilfe und Stütze sein soll.

Soweit die Erwerbslosenunterstützung in Frage steht, überhaupt alle Unterstufungen, ist es selbstverständlich, daß die Höhe bemessen werden muß nach der Beitragsleistung. Verbesserungsbedürftig ist jedoch die Erwerbslosenunterstützung in der Frage der Karenzzeit bei Ausgesteuerten. Darüber ließe sich gewiß viel schreiben. Hier zu ändern, ist Sache des Verbandstages. Ich selber habe zu diesen Unterstufungen meine besondere Auffassung. Die Hauptaufgabe liegt in der Bemessung der Streikunterstützung, und ich wünsche im weiteren auch einen politischen Einfluß. Dazu gehört unter anderem, daß wir der Verbandsleitung volles Vertrauen schenken und unsere Kollegen in Stadt und Land sich auch außerhalb ihrer gewerkschaftlichen Aufgaben politisch betätigen. Das erweitert den Blick für die übrigen Aufgaben ohne Zweifel. Dazu gehört vor allen Dingen auch gegenseitiges Vertrauen und kein Gegensatz zwischen Stadt und Land. — Aus dem Artikel von Künzler klang sogar ein leiser Vorwurf durch, daß an anderen Orten 17 Mark Stundenlohn erreicht wurde, ich glaube ja nicht, daß es Absicht war, denn das wäre unverständlich. Die Arbeitslosigkeit in der Großstadt gleicht sehr oft den höheren Stundenlohn, aufs Jahr umgerechnet, aus. Die Stundenlohnsomme hört sich wohl groß an, aber am Jahresabschluss stehen die städtischen Kollegen auf demselben Pied, wie die übrigen. Das Jahr wird stets mit Nichts im Beutel begonnen, und am Jahresabschluss ist er genau so leer. Nehmen wir nur unsere Berliner Kollegen heraus; trotz ihrer Stundenlöhne von 16 Mark bis 17,75 Mark, und rechnen es aufs Arbeitsjahr um, dann würde doch mancher Kollege im kleinen Ort staunen über das Resultat. Ob Stadt oder Land, wir alle bekommen keine genügende Gegenleistung für unsere Arbeitskraft. Darum kann es nur heißen: Kampffähige Organisation, keine Beitragsknappung, kein Gegensatz unter den Kollegen. Einiges Zusammenstehen, dann sind wir jederzeit schlagfertig und können helfen, wo Not am Mann ist. Unbekümmert ob alt oder jung an Jahren oder in der Mitgliedschaft, ob Stadt oder Land. Das ist der Wille der Organisation, und das war gewiß die Veranlassung der Beitragsverbesserung.

B. R., Berlin.

Aus der Zahlstelle Rönigsheim schreibt der Kollege Hentzel zu den Neuerungen des Kollegen Künzler: Da wir ebenfalls in ländlichem Gebiet unser Arbeitsfeld haben, sind wir daran interessiert. Daß eine Beitragsverbesserung kommen mußte, lag klar auf der Hand, denn wenn im Haushalt das Geld infolge Uberteuering nicht mehr ausreicht, dann kann unsere berufliche Interessenvertretung mit ihrem Haushaltplan auch nicht mehr auskommen, und wenn wir eine Kampfgewerkschaft bleiben wollen, dann müssen wir immer mit der Zeit fort und dürfen nicht an der verkehrten Seite zu bremsen anfangen. Unsere Streikunterstützung reicht noch nicht aus, am besten geben jene Kollegen Zeugnis, die im Streit gestanden und damit eine Kur durchgemacht haben. Darum ausgedrückt mit der Kleinräumerei. In vier Wochen entsprechen schon die jetzigen Beitragsätze nicht mehr den Verhältnissen, und man wird eine neue Regelung ins Auge fassen müssen. Ober wartet bis zum Verbandstag. Allen Menschen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann. Kollegen, stellt recht gute An-

träge zum Verbandstag, damit dann einmal mit dem alten Plunder ausgeräumt wird. Daß der Kollege in Heidingsfeld im Krankheitsfall nur 12 Mark Krankengeld erhält, liegt wohl auch an dem allgemeinen Aufbau der dortigen Kasse. Die Arbeiter haben doch auch ihre Vertreter darin sitzen, oder sind die Beiträge etwa zu niedrig? Wir haben auch eine Allgemeine Ortskrankenkasse. Beim Durchschnittslohn von 85 Mark pro Tag bekommt der Kranke 21 Mark Krankengeld. Dazu kommt für jedes Kind bis 14 Jahren und für die Frau freie ärztliche Behandlung, die Hälfte der Arzneien, Heilmittel usw. Die Höchststufe bekommt 36 Mark Krankengeld und die Familienhilfe. Ich meine, man kann doch die Organisation nicht für die Krankenkasse verantwortlich machen? Einzige Schuld kann nur sein, weil ein großer Teil des Proletariats noch jeden Pfennig für die Gewerkschaft und Partei scheut; alles gut sein läßt, immerfort schimpft, jede Mitarbeit verweigert, keine Versammlung besucht, und somit sich der Verelendung preisgibt und die Gegner dadurch stärkt.

Eine neue Regelung der Notstandsarbeiterlöhne.

Die Entlohnung der Notstandsarbeiter bei den durch die produktive Erwerbslosenfürsorge bezugslosten Notarbeiten hat immer wieder die in Frage kommenden Gewerkschaften und besonders den ADGB beschäftigt. Nach den Bestimmungen soll „in der Höhe des Lohnes, den die Notstandsarbeiter erhalten, kein Anreiz für anderweitig beschäftigte Arbeitskräfte liegen, zu den Notstandsarbeiten abzuwandern und keine Hemmung für die Notstandsarbeiter selbst, in das regelmäßige Wirtschaftsleben zurückzuführen“. In dem Maße, wie die Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge erfreulich erweitert wurden und wirtschaftlich notwendige Arbeiten einbezogen, mußte eine Lohnregelung, die die Löhne unter das Tarifniveau hielt, zu ernsthaften Konflikten führen. Wohl liegen die Bestimmungen den Weg offen, daß der Minderlohn durch Kurzarbeit oder Arbeitsstreckung bewirkt wurde. Aber auch dieser Weg ist nicht immer gangbar. In der Folge sind dann teilweise bei Notstandsarbeiten Lohnsätze durchgeführt worden, die zur schärfsten Kritik herausforderten. Zwar besteht laut Verfügung die Möglichkeit, in Streitfällen die Löhne durch eine paritätische Kommission festsetzen zu lassen, aber die Tatsachen beweisen, daß sehr oft Löhne in Minderlohn auf besonders niedrige Löhne irgendeiner zurückgebliebenen Berufsgruppe festgesetzt wurden, denn die Notstandsarbeiten sollten ja den Anreiz zur Umwanderung zu den Notstandsarbeiten unmöglich machen. Vor allem machte die Landwirtschaft ängstlich, daß für Notstandsarbeiten in ihrem Bezirk nicht zu hohe Löhne festgesetzt wurden, die etwa die „Begehrlichkeit“ der Landarbeiter wecken könnten. Nach wiederholtem Vorstoß des ADGB, haben nunmehr zwischen dem Reichsarbeitsministerium und den Ländern Verhandlungen stattgefunden, die ihren Niederschlag in einem Rundschreiben des Reichsarbeitsministers an die Landesregierungen gefunden haben, das eine endgültige Regelung der Notstandsarbeiten anstrebt.

Die neuen Leisätze unterscheiden die Besonderheit der Notstandsarbeiten. Das Rundschreiben sagt:

Die produktive Erwerbslosenfürsorge hat ursprünglich zu einem wesentlichen Teile Notstandsarbeiten in engerem Sinne gefördert, d. h. solche, für deren Einleitung und Durchführung gang und überwindend das Bestreben maßgebend war, Erwerbslose von der Straße zu bringen, während ihr wirtschaftlicher Erfolg hinter jenem sozialpolitischen Zweck durchaus zurücktrat. Jetzt werden dagegen als Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge in der weitestgehenden Zahl von Fällen Arbeiten ausgeführt, die im Rahmen einer normalen Wirtschaft liegen und die nur ohne den Anreiz der produktiven Erwerbslosenfürsorge nicht ausgeführt werden würden. Wenn nun bei diesen Arbeiten Löhne unter dem üblichen Ausmaß vereinbart oder angeordnet werden, so entsteht die Gefahr, daß die Löhne ganzer Berufsgruppen unter die Beschränkungen der produktiven Erwerbslosenfürsorge geraten und für diese Berufsgruppen auch die Vorteile in erheblichem Umfang außer Kraft gesetzt werden. Eine solche Wirkung der produktiven Erwerbslosenfürsorge muß vermieden werden.

In diesen Fällen soll grundsätzlich die Zahlung der üblichen Löhne erfolgen. Soweit tunlich, muß aber Arbeitsstreckung durch Kurzarbeit erfolgen, oder, und dieses gilt namentlich

für größere Arbeiten, es muß in dreimonatlichem Wechsel eine Auswechslung der Belegschaft eintreten. Es heißt:

Singegen wird in allen Fällen die Auswechslung der Belegschaft in dreimonatlichem (äußerstenfalls in sechsmonatlichem) Wechsel möglich und schon deshalb notwendig sein, weil die Heranbildung „berufsmäßiger Notstandsarbeiter“ verhindert und die Vorteile der Notstandsarbeiten möglichst vielen Erwerbslosen zugewendet werden müssen.

Bei künftigen Maßnahmen müssen diese Verpflichtungen anerkannt werden und den Arbeitsschreibern wird die Kontrolle zur Pflicht gemacht. Welcher Tarifvertrag anzuwenden ist, hängt von dem technischen und wirtschaftlichen Wesen der betreffenden Maßnahmen ab. Bestehen bleibt die Bestimmung, daß „Notstandsarbeiter, die nicht gelernte Arbeiter in dem Berufsgebiet der Notstandsarbeiten sind, für die Zeit ihrer Einarbeitung geringer entlohnt werden.“

Bei dem reinen Notstandsarbeiter im alten Sinne, d. h. bei solchen, die nicht im Hinblick auf ihren wirtschaftlichen Nutzeffekt, sondern überwiegend deshalb unternommen werden, um Arbeitslose von der Straße zu bringen, können auch künftig wie bisher Löhne unter Tarifätzen bestimmt werden. Neu ist jedoch, daß jede solche Ausnahme nur durch die obere Landesbehörde geregelt werden soll und daß die Löhne der Notstandsarbeiter, soweit Soziallöhne festgesetzt werden, nicht unter 80 v. H. der tarifmäßigen Löhne anzuwenden sind, für keine Gruppe der Notstandsarbeiter darf unter 70 v. H. der Tariflöhne herabgegangen werden.

Die Lohnregelung an bezugslosten Hochbauten erfährt eine Sonderstellung. Zunächst sollen die Zuschüsse aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge vor allem für Winterfüllarbeit gegeben werden, um eine kontinuierliche Arbeit der Bauarbeiter zu fördern. Es fallen daher die einschneidenden Lohnbestimmungen für gelernte Bauarbeiter an bezugslosten Hochbauten künftig weg, denn hierbei werden die Einwirkungen der Witterung und des kurzen Tageslichtes von selbst der täglichen Arbeitszeit und damit der Entlohnung Grenzen ziehen. — Soweit etwa ausnahmsweise geforderte Hochbauten in die gute Jahreszeit noch hineinreichen, wird für gelernte Bauarbeiter von einer Arbeitsstreckung deshalb abgesehen sein, weil während dieser Zeit für sie voraussichtlich nicht Mangel, sondern Ueberfluß an Arbeitsgelegenheit vorliegen wird, und weil der Ausfall an Arbeitsgelegenheit im Winter bei den gelernten Bauarbeitern einen Ausgleich zu schaffen pflegt.

Werden die in dem neuen Rundschreiben niedergelassenen Grundsätze durchgeführt, so werden in Zukunft sehr viele Konflikte vermieden. Die Abweichung von der ursprünglichen Form der Notstandsarbeiten und Uebernahme von Regelarbeiten auf die produktive Erwerbslosenfürsorge war zu begrüßen, aber die Auswirkungen der Lohnfestsetzungen gefährdeten die Tarifverträge aufzuführen. Dieses wird künftig vermieden. Wenn dafür die Arbeitsstreckung oder der periodische Arbeitswechsel stärker als bisher betont werden soll, so kann dieses durchaus gebilligt werden.

Aus den Zahlstellen.

Kiel. Aus Veranlassung der augenblicklichen Verhältnisse weisen wir nochmals darauf hin, daß es am Ort ausgeschlossen ist, daß irgend ein Kollege von auswärtig hier in Arbeit treten kann, wir warnen hiermit nochmals, nach hier zu kommen, und werden in Zukunft mit aller Schärfe, insbesondere gegen die jüngeren Kollegen vorgehen, die ungeachtet unserer Warnungen nach hier kommen und die Unternehmer in ihrem „Verjüngungsverfahren“ unterstützen. — Die Situation hier hat eine gewisse Klärung erfahren; die Unternehmer haben unsere Forderung, wenigstens sozial Arbeit am Ort herzustellen, daß alle sechsten Kollegen voll beschäftigt werden können, brüsk abgelehnt. Am Biertisch rätzelten die Herren: „Laßt sie noch soviel in der „Volkszeitung“ schreiben, ich lasse meine Arbeiter doch von auswärts kommen!“ Weitere Lohnerhöhung, die durch die Teuerung bedingt werden, lehnen sie im voraus ab, und kündigen weitere Betriebs Einschränkungen an. Es bleibt den Kieler Kollegen jetzt nur noch übrig, an die Bundesregierung zu appellieren und die Selbsthilfe zu organisieren. Der Vorstand dieser Zahlstelle muß es von nun an jedem Kollegen überlassen, Arbeit zu suchen, dort, wo er sie nur findet, auch auf eigene Faust, selbst auf die Gefahr hin, von den hiesigen Unternehmern beim Finanzamt denunziert zu werden.

Als Ergänzung zu obigem Bericht fügen wir ein „Eingefandt“ an, aus der Nr. 1 des „Deutschen Steinbildhauer“ vom 1. Januar

Kaolinbildung bei natürlichen Gesteinen.

Die Bedeutung des Kaolins in der Porzellan- und Steingutfabrikation, in der feuerfesten Industrie ist bekannt und braucht deshalb nicht geschildert werden.

Die Meinung darüber, welcher Art die Zerlegungsmittel waren, durch deren Wirkung die Kaoline aus ihren Muttergesteinen hervorgehen, ist in geologischen Kreisen noch recht verschieden. Die frühere allgemeine Annahme, daß die gewöhnliche atmosphärische Verwitterung aus Granit, Gneis und Porphyr den Rohkaolin erzeuge, wird stark angezweifelt, da man wichtige Unterschiede aufdeckte zwischen den Vorgängen, die bei der atmosphärischen Verwitterung die Zusammenfassung der Gesteine ändern und der eigentlichen Kaolinisierung.

Während Kalk und Alkalien in beiden Fällen, bei der Kaolinisierung wie bei der gewöhnlichen Verwitterung von Granit und Porphyr, abnehmen, so zwar, daß die Auslaugung bei der Kaolinisierung weitergehend ist als bei der Verwitterung, zeigt sich ein entgegengesetztes Verhalten in bezug auf den Eisengehalt und die Magnesia, die bei der Verwitterung zu-, bei der Kaolinbildung jedoch abnehmen. Auch die Oxydationsstufe des Eisens ist eine verschiedene, im verwitterten Gestein erscheint es als Brauneseisen, im Rohkaolin dagegen vorwiegend als zweiwertiges Metall, in der Form von Eisenpat und Eisenties. Der hohe Sauerstoffgehalt des kaolinisierten Gesteins zeigt ferner, daß bei seiner Entstehung viel weniger mechanische Kräfte tätig waren als bei der Verwitterung, da ja sie die entstehende Tonsubstanz in viel stärkerem Maße hätten herausklammern müssen. Bei der Kaolinisierung haben wir eine Auslaugung des Eisens in viel stärkerem Maße und daneben oft eine gleichzeitige Reduktion, wofür der Gehalt der Kaoline an organischer Substanz eine ungezwungene Erklärung abgibt. Die erwähnte Auslaugung erfolgt bei beiden Vorgängen allgemein durch schwache Säuren, hauptsächlich Kohlenensäure.

Nach angestellten neueren Untersuchungen wurden fünf Fälle der Zerlegung durch Säuren unterschieden, je nachdem, ob sich nun schwache Säuren (Kohlenensäure, Schwefelwasserstoff) oder auch starke Säuren (Schweflige bzw. Schwefelsäure) daran beteiligen, ob die Zerlegung bei Vorhandensein von genügendem oder zu wenig Lösungswasser, in Gegenwart oder Abwesenheit der Atmosphäre erfolgt. Obwohl nie mit Sicherheit die Kaolinisierung durch nachvulkanische Gasausströmungen als erwiesen angesehen werden kann, ist doch die Möglichkeit vorhanden, daß in den Gasen lediglich Kohlenensäure, ferner genügend Lösungswasser vorhanden ist und Sauerstoff nicht hinzutreten kann, Bedingungen, die wohl am besten durch Kohlenfäulung erfüllt werden. Die so entstandenen Kaoline werden jedoch an Spalten gebunden, in denen vulkanisches Gas und Wasser empordringen konnte, und deshalb verjagt diese Vorstellung bei flächenartig weit ausgebreitetem Vorkommen, wie bei Karlsbad, Meissen, Halle. Gerade bei solchen Lagern bildet sich die Annahme, daß Moorwasser die Zerlegung der Gesteine hervorgerufen hat, und sie findet eine Stütze in der allgemeinen Durchsetzung des Rohkaolins mit organischer Substanz, deren Schwärze an der Luft verbläht und beim Brennen verschwindet. Es kann keineswegs behauptet werden, daß alle flächenartig ausgebreiteten Kaolinlager auf diese Weise entstanden sind, aber die Annahme liegt nahe, daß vulkanische Gesteine, die unter Mooren bzw. unter aus diesen hervorgegangenen Braunkohlen und Humussteinkohlen lagern, kaolinisiert sein müssen, da das Moorwasser die oben gekennzeichneten Bedingungen zur Kaolinbildung enthält;

es enthält Kohlenensäure, organische Substanz und ist vollständig sauerstofffrei. Untersuchungen wurden daraufhin in erster Linie unter Mooren zeretzte Granite und Porphyr im Erzgebirge, in der Rhön und im Vogelsberg.

Sobiel über die Kaolinbildung in Gesteinen; was die Zerlegung des Feldspats zu Kaolin angeht, so ist sie viel weniger an bestimmte chemische Kennzeichnungen gebunden; sie stellt nur die Auslaugung von Kali, Natrium, Kalk und Kieselsäure dar, die Unterscheidungen zwischen Verwitterung und Kaolinbildung, wie sie bei den Gesteinen das verschiedene Verhalten des Eisens ergab, fallen hier wenig und somit kann man für die Tonsubstanzentstehung aus Feldspat alle drei Arten der Zerlegung, die atmosphärische Verwitterung, die eigentliche Kaolinisierung, wie auch die pneumatolitische Zerlegung (Gasausströmungen) zur Erklärung heranziehen. Bei allen drei Vorgängen ist die Kohlenensäure das Hauptzerlegungsmittel, der Feldspat wird in allen Fällen zu Tonsubstanz oder in der Richtung auf diese hin zerlegt, die Entstehung eisenarmer Rohkaoline jedoch scheint in erster Linie durch die Wirkung des Moorwassers möglich, da dies am ehesten das Eisen der Gesteine auslaugen kann, während es durch die atmosphärische Verwitterung als Oxid, durch Pneumatolyse unter den besprochenen Bedingungen als Eisenties fixiert wird.

Die Schule der werdenden Gesellschaft.

„Die bürgerliche Gesellschaft ist innerlich, menschlich ohne Leben. Sie wird regiert vom Profit, von der Sucht nach individuellem Erfolg. Aus Mangel an innerem Halt hängt sie sich an äußere Autoritäten, an die sie selbst nicht glaubt, die sie in ihren Besitz bringt und ihren Zwecken dienstbar macht, besonders der Beherrschung der untern Volksschichten.“ Mit diesen Worten charakterisiert der Oberstudienrat Dr. Fritz Karsten in seiner programmatischen Schrift: „Die Schule der werdenden Gesellschaft“ (J. S. W. Dietz Nachf. und Buchhandlung Vorwärts, Berlin) die seelenlose, dem ethischen Materialismus verfallene Gesellschaft. Und diese in Klassen gespaltenen Gesellschaft schuf die Schule nach ihrem Ebenbild, „die Klassen-schule“. Die Volksschule für Proletarier — die höhere Schule für die führenden, das Volk beherrschenden und ausbeutenden Oberschichten. Die Bildung wurde zur wägbaren Ware, die man für Geld erwerben kann.

Im Schosse der alten bürgerlichen Gesellschaft reift aber neues Leben heran: das Leben einer aufsteigenden, von einem neuen Kultur- und Gemeinschaftsideal befehlten arbeitenden Klasse. Zunehmende Bergemeinschaftung und Wiederbesetzung der Wirtschaft werden mit dieser Klasse lebendig. (Der Genossenschaftsgebäude und die Rätebewegung in den Betrieben.) Namentlich geht die Kraftvoll äußernde proletarische Jugend in ihrer Bewegung „auf eine Umstellung unseres gesamten Lebens vom freien Menschen aus, auch des öffentlichen Gesellschafts- und Staatslebens, des Berufs, des Jugendstadiums, der kulturellen Betätigung und betont besonders stark das Ideale, den Willen jedes einzelnen, eine sozialistische Persönlichkeit zu werden.“ Ein neues in Arbeitsgemeinschaft lebenden Arbeitsvolk kommt empore — ein Volk gleichwertiger Menschen. „Die Gleichwertigkeit der Menschen ist keine Phrase mehr, sondern besagt ihre Bedeutung als Arbeiter, so verschiedenartig die Betätigung auch sein mag.“

Die lebendige Gesellschaft erzeugt die neue Schule: die Gemeinschaftsschule. Die Volksschule des Bürgertums wird durch die Schule der gemeinsamen Arbeitenden, durch die Gemeinschaftsschule

verdrängt. Im Aufbau der neuen Schule treten drei große Stufen heraus: „Eich wandelnde Spielgruppen innerhalb einer größeren Menge — Kindergarten, eventuell davor schon Kinderkrippe, bis ungefähr zum vollendeten siebenten Jahr —, dann Arbeitsgemeinschaften der arbeitsteiligen Gesamtheit — Einheitschule für alle bis ungefähr zum zwölften bis vierzehnten Jahr —, zuletzt mit dem Herborstreben besonders starker, im Rahmen des Allgemeinunterrichts nicht mehr zu befriedigender Begabungen Fachgemeinschaften in steigender Mannigfaltigkeit in praktischen und theoretischen Fächern jeder Art, äußeres Zurücktreten und zunehmende Vertiefung der Lebens- und Erlebnismgemeinschaft — etwa bis zum achtzehnten bis neunzehnten Lebensjahr.“

Die werdende Gemeinschaftsschule streift alle Hüllen des Klassenmenschentums vom schaffenden Gemeinschaftsarbeiter ab, die Gemeinschaftsschule ist nach Karsten „die Arbeits- und Erziehungsgemeinschaft mit ihren Lehrern und Eltern und mit der gesamten gesellschaftlichen, menschlichen und dinglichen Umwelt.“

Arbeit.

Die Arbeit ist der Kern unseres Daseins. Darin sind alle einer Meinung, die sich ernstlich durchgerungen haben zu einer Weltanschauung. Doch bekommt die Arbeit immer einen verschiedenen Charakter, je nach der Auffassung des einzelnen über Leben und Welt.

Was ist Arbeit? Nach dem Begriff der überlieferten Welt ist die Arbeit Selbstzweck. Jeder arbeitet um der Arbeit willen, weil leben eben arbeiten heißt. Aus welchem Gefühl heraus die Arbeit vollbracht wird, ist diesen Menschen gleich. Gleich ist es ihnen, wem die Arbeit gilt.

Welche Seelenlosigkeit ist nötig zu solcher Auffassung! Welcher Mangel an geistigem Drange! Wie eine Maschine dreht sich dieser Mensch durchs Leben, mechanisch, stumpf.

Die Arbeit soll Seele sein! Das ist das Wollen der neuen Welt. Das ist das Wollen des Proletariats. Wohl arbeiten, doch mit dem Herzen und wissen: wofür. Nicht für sich, sondern um der Menschheit willen. Nicht aus stupidem Bedürfnis nach Ausfüllung der Lücke, sondern aus dem Wachsens des Ganzen willen. Nicht als Selbstzweck, sondern als Bruderdienst.

Gewiß ist Tätigkeit nötig, gewiß hat der Mensch seine Kräfte, um sie zu gebrauchen. Doch so mancher Mensch, so viele Tausende haben noch mehr. Sie haben auch noch ein fühlendes Herz und ein schenkendes Wollen. Und die Harmonie von beiden, die Harmonie von Arbeit und Seele: das ist das Glück.

Wie wird die Persönlichkeit immer hingestellt als der Erdenkinder höchstes Glück. Ist das denn die volle, geschlossene Persönlichkeit, wenn die Faust schafft ohne das Hirn und das Hirn ohne das Herz? Aber in diesem v r a k t i s c h e n Persönlichkeitschaffen, da v e r f a g t das schöpferische Herrenvolk. Wenn die Persönlichkeit einmal ihre A u f e r s t e h u n g feiern soll, wenn sie in der freien, aus dem Innern herausgeborenen Persönlichkeitsarbeit einmal jauchzend aufleben soll, dann steht die graue Theorie schon beiseite — weil es dann etwas Neues gilt, den K a m p f, den Kampf gegen das Alte, gegen das Seiende, gegen die Wirtschaft, gegen den Kapitalismus.

Ein ganzes geistiges und seelisches Ich soll der Mensch hineinlegen in sein Tagewerk. Es soll die Blüte seiner Seele sein, bestimmt, Sonne und Freude auszuteilen allen. Die freie Arbeit für das Ganze, das ist Arbeit. Und der proletarische Kampf gibt uns ins Herz hinein den lebenden Hauch eines neuen Arbeitstags.

Der „Steinarbeiter“ Nr. 50 vom 10. Dezember 1921 brachte unter Kiel eine Veröffentlichung, deren Inhalt auf Unwahrheit und Falschheit ausging und erklärte ich hiermit, daß in keinem Satz Wahrheit vorliegt, was die hiesige Zahlstelle von mir verbreitet. Der „Kielers Volkszeitung“ habe ich auf einen ähnlichen Artikel die gebührende Antwort gegeben. Erstere hat es aber vorgezogen, den Artikel nicht zu veröffentlichen. Die Zahlstelle Kiel würde gut tun, den Artikelstreiber dorthin zu empfehlen, wo er hergekommen ist, vielleicht erlangt er seine nationale Gesinnung, die er mitbrachte, dann wieder und verheißt nicht meine Arbeitnehmer, die schon 15 bis 20 Jahre bei mir in Tätigkeit sind.

Zu diesem Erguß etwas sagen, erübrigt sich wohl, er scheint in großer Aufregung verfaßt zu sein und trägt deshalb die Einseitigkeit in jede Zeile hinein. Unsere Kieler Kollegen werden schon damit fertig werden und die auswärtigen bedanken sich schonstens, unter solchen Umständen in Kiel Arbeit zu nehmen.

Häufig. Am 9. Januar fand im Gewerkschaftshaus eine gutbesuchte Steinarbeiter-Versammlung statt. Tagesordnung: Abrechnung vom 4. Quartal 1921; Stellungnahme zur Frauenarbeit; Vorstandsbericht und Verschiedenes. Zum ersten Punkt gab der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt; die Einnahme betrug 25 196.48 M., Ausgabe 12 714.30 M., Bestand 12 482.18 M. Die Einnahme der Krankenzuschüsse betrug 19 434.41 M., Ausgabe 5052.80 M., Bestand 14 381.61 M. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit beider Kassen. Zu Punkt 2, Frauenarbeit in den Steinbrüchen, kam es zu einer lebhaften Debatte. Die Frauen, die Arbeiten verrichten, die laut Bundesrats-Verordnung nicht zulässig sind, werden hauptsächlich von den Hilfsarbeitern als Lohnrücker angesehen, was sich durch Aufzählungen eines Poliers auch bestätigt. Es wurde der Beschluß gefaßt, diese Angelegenheit dem Gauleiter zu übergeben, es kommen hauptsächlich die Firmen L. F. Lehmann und Wölter und Nilseder in Frage. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des Gesamtvorstandes. Ein Antrag der Lokalkommission, den Zuschlag zum Vereinslokal um 200 Prozent zu erhöhen, wurde angenommen. Weiter wurde beschlossen, für den bei der Firma Kulmig entlassenen Kollegen Alfert in sämtlichen Betrieben Sammellisten auszulegen, weil wir nicht zusehen können, daß ein Familienvater mit 5 Kindern, der nirgends Arbeit finden kann, dem Hunger preisgegeben wird. Getadelt wurde auch die Handlungsweise der Betriebsleitung der Firma, die in solchen Fällen sehr schematisch handelt, aber wenn es sich um Arbeiterangelegenheiten handelt, fällt das schematische fort.

Steinach. Am 9. Januar tagte unsere Monatsversammlung im Reichlichen Lokale, die schlecht besucht war. Die Tagesordnung war eine umfangreiche. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde eines verstorbenen Kollegen gedacht. Sein Andenken wurde in der üblichen Weise geehrt. Dann erstattete der Vorsitzende Bericht von den Verhandlungen des zur Zeit herrschenden Streiks bei der Firma A. Kleinert u. Sohn. Um den streikenden Kollegen eine besondere Unterstützung zuteil werden zu lassen, wurde beschlossen, von sämtlichen Mitgliedern, die nicht vom Streik betroffen sind, Pflichtbeiträge zu erheben, und zwar für die Kollegen über 17 Jahre wöchentlich 3 M., unter 17 Jahren und für die Kolleginnen 2 Mark. Ferner setzte der Vorsitzende die Versammlung in Kenntnis von der Tätigkeit der Zahlstellenverwaltung des verstorbenen Jahres, es war das arbeitsreichste, solange die Zahlstelle auf ihr Bestehen zurückblicken kann. Kollege Luthardt erläuterte darauf die Uebergangsbestimmungen zu den neuen Unterstufungsätzen, dann gab er die Quartalsabrechnung bekannt. Die Einnahme betrug 20 516.18 M., Ausgabe 5374.05 M., bleibt Kassenbestand 15 142.13 M. Da die Revisoren wegen Krankheit entschuldigt fehlten, wurde auf Antrag des Vorsitzenden, der die Bücher mit geprüft und für richtig befunden hatte, dem Kassierer Entlastung erteilt. Die seitherige Ortsverwaltung wurde wiedergewählt, an Stelle des ausscheidenden Revisors tritt Kollege Karl Hoffmann. Unter Verschiedenes wurde berichtet, daß die Zinsen von dem Unterstufungsfonds (50 000 M.), den die damalige Meininger Regierung auf Antrag des Betriebsrates dem Staats-Griffel- und Eisenwerk zur Verfügung stellte, für die Invaliden zur Auszahlung gelangen. Ferner, daß von den Griffelmachern im maschinellen Betriebe vereinbarte festgesetzte Quantum hat den Vorteil, den Willen im Accord zu befestigen und bringt 20 Prozent Akkordzuschlag; dafür bessere Ausnutzung des Materials und Verringerung besserer Ware. Die Direktion hat das genehmigt. Zum Schluß wurde die seit Mai 1920 festgesetzte Vergütung der Funktionäre um das Doppelte erhöht. Mit einem Appell an die Anwesenden, in Zukunft die Versammlung besser zu besuchen und dafür einzutreten, daß die Einigkeit in der Zahlstelle gewahrt bleibt, als Vorbedingung für unsere kommenden Aufgaben, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Bezirk Geisma-Wurzen. Zum erstenmal, seit das Tarifamt in Dresden gebildet, hat es am 11. Januar in Lohnforderungssachen verhandelt. Was wir befürchtet haben, ist bestätigt worden, das Tarifamt hat versagt. Die Herren Unternehmer haben gehandelt nach dem Sprichwort von den Krähen. Die Verhandlung hat gezeigt, daß sie wohl können, aber nicht wollen. Das folgende wird es bestätigen: Kollege Zippel (Bezirk Südwest-Sachsen) vertrat eine Refforderung von 250 M. pro Stunde. Im Vergleich erdige diese Forderung mit einem Stundenlohn für Hilfsarbeiter von 11 M., Facharbeiter 11.50 M. Dieser Vergleich wurde geschlossen unter dem Druck von Arbeitermangel, sonst wohl auch nicht. Dann vertrat Kollege Schuster (Bauisch) eine Refforderung von 200 Prozent des Grundlohnes. Stundenlohn versuchten die Herren von der Bauisch mit allen Mitteln zu beweisen, daß sie höhere Löhne nicht zahlen können. Die Konkurrenz war das Schlagwort, genau wie bei uns. Schaffi uns die Konkurrenz der Bauisch vom Halbe, sorgt dafür, daß dort höhere Löhne bezahlt werden, dann können wir es auch, so wurde uns in jeder Verhandlung gesagt. Nun sollte man glauben, daß die Herren Bahn und Preiser aus unserem Bezirk, sowie Herr Naumann, Aue, beim Tarifspruch dafür sorgen würden, daß die Bauisch höhere Löhne zahlen muß, um sich selbst konkurrenzfähiger zu machen. Aber weit gefehlt, alle unsere Anträge für die Bauisch Kollegen, die bis auf die Hälfte der Refforderung zurückgeschraubt wurden, stimmten die drei Herren geschlossen nieder. Damit haben sie aber bewiesen, daß ihr Gerde von der Konkurrenz unwahr ist. Die Unternehmer werden erkennen, falsch gehandelt zu haben. Bestände in unserm Bezirk augenblicklich die Möglichkeit hundert von Facharbeitern abzuschließen, sofort würden die Herren die Taschen aufmachen und den Kollegen das geben, was zum Leben gebraucht wird. Dabei ist unsere Plastersteinindustrie mit Aufträgen überlastet.

Schnarzenbach a. S. Am 8. Januar fand unsere Jahresversammlung statt. Der Vorsitzende Geheimer gab einen übersichtlichen Rückblick. Es bedarf noch eines tüchtigen Zusammenfassens gewerkschaftlicher Arbeit, um auch unsere Löhne zu der Höhe zu bringen, wie die Bau- und Textilbranche aufweisen. Infolge der schlechten Entlohnung haben bereits 30 Steinarbeiter, darunter 14 Steinmengen, andere Berufe gewechselt. Diese Wirkung unserer Reichen schwächt auch unsere Zahlstelle. Wenn die Herren Unternehmer auf dieser Bahn (Entlohnung) weiterfahren, wird im Frühjahr noch mancher Kollege seinem Beruf Balet sagen und sich besseren Verdienst suchen. Ein Zuwachs von Beihilfen findet unter diesen Umständen nicht mehr statt. Dann erstattet der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal. Die Revisoren bestätigen die Richtigkeit. Die alte Verwaltung wurde wiedergewählt, auch die Hilfskassierer blieben auf ihrem Posten. Der nächste Punkt, Kartellbericht, war nur lokaler Natur und erübrigt sich somit eine Veröffentlichung. Weiter wurde den Zeitverhältnissen entsprechend eine Erhöhung der Vergütung der Verwaltung, der Sitzungsgelder der Kartellbelegierten und der Auszubildenden um das Doppelte genehmigt. Unter „Verschiedenes“ kamen viele Klagen zum Vorschein. Zum Beispiel die Ablösung des Werkzeuges zu unliebamen Härten geführt. Die notwendigen Besen, Seile, Meter und Bleistifte waren öfter Gegenstand von Unterhandlungen. Heute sind wir soweit, daß diese Werkzeuge, wenn auch nicht kostenlos, geliefert werden sollen. Wir wollen hoffen, daß diese Klagen verstummen. Der Vorsitzende Geheimer ermächtete im Schlußwort die Kollegen, mitzubekommen im Ausbau unserer Organisation, noch trauriger wären unsere Verhältnisse ohne

dem. Er ersuchte, in den nächsten Tagen, wenn erstmals die neuen erhöhten Beiträge erhoben werden, gewissenhaft die Klasse zu steuern, die dem Stundenlohn entspricht. Nachgeholt sei noch, daß eintragungs der Verammlung dem verstorbenen Kollegen Paul Becker durch Erheben die letzte Ehre erwiesen wurde.

Aue. Am 7. Januar 1922 fand unsere Generalversammlung statt. Die Tagesordnung war sehr reichlich. Der Vorsitzende Kollege Thümmel gab einen Rückblick auf das vergangene Jahr, in dem fünf Lohnbewegungen stattfanden. Kollege Passauer gibt die Vierteljahresabrechnung bekannt, ihm wurde Entlastung erteilt. Bei den Neuwahlen ist alles beim Alten geblieben. Nur die Kartellbelegierten und zwei Beisitzer zur Bezirksleitung wurden neu gewählt, außerdem zwei Delegierte zur Tarifkommission. Zu Punkt 4 gab der Vorsitzende Bericht über die Bezirksversammlung. Hierüber entspann sich eine längere Debatte. Zur Beitragserhöhung erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, die ersten vier Klassen, die im letzten „Steinarbeiter“ bekannt gegeben wurden, einzuführen. Kollege Zippel erläuterte die Tarifverhandlungen in Zwickau. Das Resultat war: 2 Mark pro Stunde Zulage, über die noch fehlenden 2.50 M. soll das Tarifamt Sachsen in Dresden entscheiden. Die Unternehmer der Zahlstelle Aue scheinen sich noch nicht im klaren zu sein wegen der 2 Mark Erhöhung ab 1. Januar 1922. Um das richtig zu stellen, soll der Vorsitzende das weitere veranlassen, damit die 2 Mark restlos jedem Arbeiter gezahlt werden. Unter Punkt Verschiedenes werden vier Kollegen für längere Krankheit mit einer kleinen Summe aus der Lokalkasse bedacht.

Granitwerkstein des Sichelgebirges.

Zwischen der Granitwerksteingruppe des Bahr. Steinindustrie-Verbandes, Bezirk Sichelgebirge einerseits und dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, vertreten durch Gauleiter Schmidt andererseits, wurde heute nachstehende Lohnvereinbarung getroffen:

- I. Ab 23. Januar 1922 wird die Teuerungszulage für die im Akkord und im Zeitlohn beschäftigten Sach- und Hilfsarbeiter auf 720%, ab 30. Januar 1922 auf 770% erhöht.
- II. Auf die Akkordsätze des Landestarifses, mit Ausnahme der Ziffer III b, wird den Akkordarbeitern und den in den Akkordbetrieben im Zeitlohn beschäftigten Steinmehlen ab 23. Januar außerdem eine Erhöhung der gegenwärtigen Grundlöhne um 10%, zugestanden. Für Ziffer III b vom gleichen Zeitpunkt ab 5%.
- III. Vorübergehend im Zeitlohn beschäftigte Facharbeiter werden wie seither nach ihrem Durchschnittsakkordlohn der letzten drei Monate unter Berücksichtigung der Zulagen entlohnt.
- IV. Beide Vertragsparteien sind sich darüber einig, daß für die Folge bis zur Erneuerung des Landestarifses in der Granitwerksteingruppe des Sichelgebirges die gleichen Teuerungszulagen, wie sie für den Verband deutscher Granitwerke, Bezirk Bayern, vereinbart werden, bezahlt werden.

Wunsiedel, den 24. Januar 1922.

Für die Granitwerksteingruppe des Bahr. Steinindustrie-Verb., Bezirk Sichelgebirge: Ad. Bruchner, M. Sichert.

Für den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands: J. A. Chr. Schmidt.

Cantereden. Am Sonntag, dem 8. Januar 1922, tagte im Gasthaus „Zum goldenen Stern“ unsere Generalversammlung mit der Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht, Neuwahl des Vorstandes und Verschiedenes. Der 1. Vorsitzende gab den Geschäftsbericht, woraus zu entnehmen war, daß unser Lokalkassenbestand ansehnlich ist und im verflorenen Jahre gut gewirtschaftet wurde. Dem Kollegen Hornung als Kassierer wurde Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl wurden der 1. und 2. Vorsitzende einstimmig wiedergewählt. Der Kassierer legte sein Amt nieder, worauf Kollege Otto Graub zum Kassierer gewählt wurde. Zum 2. Schriftführer wurde Kollege Franz Bainbauer und als Revisoren die Kollegen Adam Weber und Otto Hornung gewählt, zu Kartellbelegierten die Kollegen Becker und Bainbauer. Die Beitragslisten wurden festgesetzt. Der Lokalschlag wurde auf 50 Pf. erhöht. Dem Gewerkschaftskartell Weichenstadt wurden 100 Mark überwiesen auf eine Zuzug für den Bau eines Gewerkschaftshauses. Nach Erledigung einiger beruflicher Fragen hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Am 9. Januar 1922 tagte in Neustadt das Tarifamt der Schotter- und Plasterstein-Industrie zum zweiten Male mit einem unparteiischen Vorsitzenden, um sich mit der am 8. Dezember 1921 eingereichten Lohnforderung der Steinarbeiter der Rheinpfalz zu beschäftigen. Die eingereichte Lohnforderung bewegte sich zwischen 60-75 Prozent auf die derzeitigen Löhne ab 15. November 1921. In der ersten Sitzung des Tarifamtes am 29. Dezember 1921 wurde uns von den Unternehmern eine Teuerungszulage von 2.20 M. pro Stunde ab 1. Januar 1922 angeboten, was von den Arbeitnehmern abgelehnt wurde, erstens weil das Angebot zu niedrig war, und von einer rückwirkenden Zahlung ab 15. November 1921 keine Rede sein könne, insofern, daß in der Sitzung des Haupttarifamtes in Berlin am 12. November 1921 eine Abmachung getroffen worden sei, daß die Steinarbeiter der Rheinpfalz im Jahre 1921 mit neuen Lohnforderungen nicht mehr kommen. Diese Abmachung sei aber auf Wunsch der Arbeitnehmer nicht in das Protokoll eingetragen worden. Es wurde aber von Bezirksleiter Kollegen Graub, der selber an den Verhandlungen in Berlin teilnahm, widerlegt, trotzdem die Herren Unternehmer in den beiden Sitzungen bei dieser Aussage blieben. In der zweiten Sitzung wurde am 10. Januar 1922 ein Spruch gefällt, wo im Durchschnitt jeder Gruppe eine Lohnhöhung von 50 Prozent soll ab 1. Januar 1922. Wenn man nun in Betracht zieht, daß die Löhne der andern Industrien noch weit über die unseren hinausgehen und der Steinindustrie zur Zeit und auf Jahre hinaus auf Grund der Reparationslieferungen mit einer guten Konjunktur zu rechnen hat, so muß es Aufgabe unserer Bezirks- und Gauleitungen sein, sofort wieder mit neuen Lohnforderungen an die Unternehmer heranzutreten und dem Vorgehen der Kollegen Rechnung zu tragen, damit auch wir Steinarbeiter der Rheinpfalz einermäßen mit der immer zunehmenden Teuerung Schritt halten können und dort hin kommen, wo andere Berufsgruppen stehen.

Aunfischen. Am Sonnabend, dem 14. Januar, tagte im Restaurant „Lafert“ unsere Generalversammlung, die gutbesucht war. Im ersten Punkt der Tagesordnung verlas der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal. Sie war von den Revisoren geprüft und in allen Teilen richtig befunden. Anschließend entspann sich eine Debatte über die Erhöhung der Beiträge. Jedem denkenden Kollegen war es klar, daß eine Beitragserhöhung notwendig, um dem Verband die nötige Lastrast zu verleihen. Dies wurde auch allseitig anerkannt. Der zweite Punkt betraf die Wahl der Ortsverwaltung. Der 1. und 2. Vorsitzende wurden wiedergewählt. Erfreulicherweise nahm auch unser altbewährter Kassierer sein Amt wieder an. Zu Revisoren wurden drei Kollegen bestimmt. Im Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, für jeden Kollegen, der länger als sechs Wochen krank ist, eine Sammelliste zu formulieren zu lassen. Weiter gab Kollege Seminger noch Ausführungen in bezug auf die Krankentasse, den Steuerabzug vom Arbeitslohn, sowie über den Anschlag an das Gewerkschaftskartell Passau. Hierauf schloß der gutbesuchten Versammlung.

Ennevalde. Am 15. Januar fand unsere gutbesuchte Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gibt einen Ueberblick auf das vergangene Jahr, und fordert die Anwesenden auf, treu zum Verband zu stehen, damit auch die Steinarbeiter ihre Lohnverhältnisse der immer steigenden Teuerung anpassen können. Zu Punkt 2 berichtet der

Kassierer über die Kassenverhältnisse, demnach ergibt die Einnahme vom 4. Quartal 1921—M., die Ausgabe 819.85 M., bleibt ein Bestand in der Lokalkasse von 2876.19 M. Von den Revisoren wurden die Kassenbücher in besserer Ordnung vorgefunden. Zu Punkt Neuwahl macht sich die Wahl des 1. Vorsitzenden nötig, da der bisherige langjährige Vorsitzende nicht mehr in der Lage ist, das Amt weiter zu verwalten. Die Wahl ergibt als 1. Vorsitzenden Hermann Wagner, als 2. Vorsitzenden Paul Wähle. Als Delegierter zur Gaukonferenz wurde der Kollege Hermann Wagner bestimmt. Zur Forderung der letzten Teuerungszulage wird bekannt gegeben, daß mehrere Firmen der Umgebung 200 bis 300 Prozent Teuerungszulage benötigt haben. Es kommt zu einer erregten Debatte über die Verschleppungstaktik der größeren Firmen von Demitz und Umgegend. Nach Eingang der neuen Tarife, die im Druck vorliegen, wird unter Leitung des Kollegen Paul Schönfelder eine Rechenstunde eingeführt werden. Zur neuen Beitragszahlung wird den Kollegen zur Pflicht gemacht, nach ihrem Stundenlohn die Beitragsmarken zu kleben. Hierauf wurde die Versammlung mit einem kräftigen Schlußwort geschlossen.

Wirtschaftliche und soziale Wochenschau.

(W. W. W.) Das in der verflorenen Woche zustande gekommene Steuerkompromiß zeigt, daß das deutsche Volk es mit der Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen wirklich ernst nimmt. Daß die Verhandlungen, die zu diesem Kompromiß führten, sich solange hingogen, hat seinen guten Grund in der Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit, mit der die Beteiligten die wichtige Frage behandeln. Wäre es dem deutschen Reichstag nur darauf angekommen, für die Konferenz in Genue Parabelbeschlüsse zu fassen und der Reparationskommission papierne Zusagen einzufenden, deren Innehaltung vielleicht zweifelhaft wäre, dann hätte sich auch das neue Steuerprogramm in wenigen Stunden erledigen lassen. Die ganze Art, wie die Verhandlungen geführt wurden, zeigt, daß die in Betracht kommenden politischen Parteien immer wieder die Frage prüften, ob diese oder jene Steuern praktisch durchführbar und ergebnisreich genug sein würden. Man hat darauf verzichtet, Maßnahmen zu treffen, die vielleicht für den Moment sehr eindrucksvoll, in der Praxis jedoch undurchführbar gewesen wären. Die Zwangsanleihe soll eine Milliarde Goldmark bringen. Das ist noch nicht die Hälfte dessen, was Deutschland im laufenden Jahre nach der vorläufigen Festsetzung an Geld und Sachleistungen für Reparationszwecke aufzubringen hat. Die durch das gleiche Anteilgesetz geschaffenen Steuererhöhungen werden etwa die andere Hälfte unserer Reparationsverpflichtungen decken. Vorausgesetzt natürlich, daß der Ertrag den Erwartungen entspricht. Niemals war die Steuerpolitik praktisch so schwer in die Tat umzusetzen, wie unter den heutigen Verhältnissen. In der Vorkriegszeit konnte sich der Finanzpolitiker trotz der Mangelhaftigkeit der Wirtschaftstatistik doch immerhin ein Bild von der Leistungsfähigkeit der einzelnen Bevölkerungsschichten und deshalb auch vom Ertrag und der Wirkung neuer Steuern machen. Heute ist gerade auf wirtschaftlichem Gebiet infolge der Unbeständigkeit unserer Währung und der raschen Veränderung der Konjunktur alles im Fluß. Es fehlen die nötigen Grundlagen für eine Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Der verstärkte Steuerdruck hat besonders in den Kreisen, deren Einkommen kein festes ist, die Steuerhinterziehung in ungeheurem Umfang hervorgerufen. Im Warenhandel werden unendlich viele Geschäfte abgeschlossen, die bei keinem der Beteiligten durch die Bücher gehen. Der Begriff der „doppelten“ Buchführung hat heute einen ganz besonderen Sinn. Die eigentlichen Geschäftsbücher werden ganz allgemein nur unter dem Gesichtspunkte einer gelegentlichen Verwendung als Beweismaterial den Steuerbehörden gegenüber geführt. Daneben läuft selbst bei großen Unternehmungen, wie sich kürzlich beim Zusammenbruch der Pfälzischen Bank gezeigt hat, eine besondere Buchführung auf Zetteln und Notizbüchern, die gewöhnlich den wahren Umfang der abgeschlossenen Geschäfte viel richtiger wiedergibt als die offiziell geführten Bücher. In diesen Verhältnissen liegt die Ursache des geringen Ertrags der meisten Steuergesetze und der unendlich schwierigen Veranlagung. Es ist nicht zu leugnen, daß die bereits vorhandenen Steuerquellen nur sehr oberflächlich ausgeschöpft werden, da es in vielen Fällen den Behörden gar nicht möglich ist, den Dingen auf den Grund zu gehen. Wenn es gelingt, eine Steuerhinterziehung zufällig festzustellen, so wird der Delinquent zwar in der Regel in hohe Geldstrafe genommen und dieses Resultat aller Welt zur Verwarnung verkündet, der Prozentjaher derer, die zur Verantwortung gezogen werden, ist jedoch sehr gering. Einzig und allein der Angestellte und Arbeiter muß Monat für Monat seinen Behnten entrichten.

Trotzlose Ausichten an Wohnungsmarkt. Die Nachricht, daß wiederum mit einer neuen Steigerung der Mietpreise zu rechnen ist, hat eine begriffliche Sorge in allen denjenigen Kreisen hervorgerufen, die ohnehin trotz angelegter Arbeit nicht mehr wissen, wie sie die notwendigsten Existenzmittel für sich und ihre Familie aufbringen sollen. Soweit die neuen Mietszuschläge zur Errichtung von Kleinwohnungen dienen sollen, kann man ihnen eine gewisse Berechtigung jedoch nicht abstreiten. Von Woche zu Woche nimmt in Deutschland das Heer der Wohnungsuchenden erheblich zu, während die Vermehrung des Wohnraums sich nur in sehr engen Grenzen hält. Man führt die allgemeine Mißstimmung über die Wohnungszwangswirtschaft gewöhnlich darauf zurück, daß die Wohnungsämter auch nicht die Mittel haben, um neue Wohnräume zu schaffen und daß es deshalb gar nicht in ihrer Macht liegt, die gewiß berechtigten Ansprüche der Wohnungsuchenden zu befriedigen. Man darf aber nicht übersehen, daß noch Zustände bestehen, die sehr wohl abzustellen wären. Es fehlt häufig nur an der nötigen Energie und der richtigen Organisation. In den besseren Wohnvierteln der Großstädte lassen sich Haus für Haus Fälle nachweisen, wo Einzelpersonen im Besitz sehr großer Wohnungen sind und es verstanden haben, ihren überflüssigen Wohnraum durch geschickte Manipulationen einer Beschlagnahme zu entziehen. Anzeigen beim Wohnungsamt, seien sie auch noch so gut begründet und durch Beweismaterial belegt, sind in der Regel fruchtlos, weil die mit den Ermittlungen beauftragten Beamten nicht selten mit dem in Frage kommenden Wohnungsinhaber auf bestem Fuße stehen. Die immer wieder versuchte Verschwiegung der öffentlichen Meinung in diesem Punkte bleibt doch nur eine Morenrausch. Tatsache ist, daß Tausende und aber Tausende von Kriegsteilnehmern, die in den Jahren von 1914 bis 1918 ihre Wohnungen aufgeben mußten, sich heute mit ihren Familien in möblierten Zimmern oder ungesunden Löchern herumdrücken müssen, während ebenso viele Tausende zahlungsfähiger Leute in riesigen Wohnungen sitzen, von denen sich mit Leichtigkeit einige Zimmer abtrennen ließen. Während man in der Vorkriegszeit häufig mit Recht den Hausbesitzern den Vorwurf einer unehrlichen Ausbeutung der Mieter machen mußte, überwiegt heute der Wunsch mit möblierten Wohnungen alles Dagewesene. Der beste Beweis dafür, daß auf diesem Gebiete gute Geschäfte gemacht werden, ist die Existenz zahlreicher gut rentierender privaten Vermittlungsbureaus, für die doch bei richtigem Funktionieren der Wohnungsämter gar keine Daseinsberechtigung gegeben wäre. In den westlichen Vororten Berlins werden für zwei bis drei möblierte Zimmer mit Küchenbenutzung unter der Hand Mietpreise von 2000 M. und darüber pro Monat gezahlt. Wo bleiben hier die Wohnungsämter und die Steuerbehörden? Die gemeinnützigen Heim- und Siedlungsgesellschaften, deren Unkosten in ganz Deutschland alljährlich Hunderte von Millionen betragen, leisten gegenwärtig so gut wie gar nichts, weil die aus öffentlichen Mitteln bewilligten Bauzuschüsse im Moment ihrer Verfügbarkeit in gar keinem angemessenen Verhältnis mehr stehen zu den tatsächlichen Unkosten der Neubauten. Auf die Zahl der Hegehiehungen haben die traurigen Verhältnisse am Wohnungsmarkt bisher noch keinen nennenswerten Ein-

Kauf gehabt, woß aber zeigt sich ihre Wirkung immer mehr in der Einschränkung der Geburten. Die jetzigen Zustände sind ein schwerer Krebsknoten, unter dem die Volkswirtschaft von Monat zu Monat immer mehr leidet. Korruption und Schiebererei blühen auf diesem Gebiete nach wie vor. Die ehmaligen Kriegsteilnehmer müssen, wenn sie überhaupt eine menschenwürdige Unterkunft finden wollen, Mietpreise zahlen, die das Sechsbisachtfache der Friedensmiete ausmachen. Die Hoffnung, daß im kommenden Frühjahr eine nennenswerte Belebung des Kleinwohnungsbaus durch die Gewährung staatlicher Zuschüsse eintreten könnte, muß man wohl begraben. Ehe die durch die Wohnungssteuern und Mietzuschläge aufzubringenden Gelder wirklich an die richtigen Stellen kommen, werden Monate und vielleicht Jahre vergehen und der größte Teil derselben wird für die Unterhaltung eines umständlichen Beamtenapparates aufgebraucht sein.

Rundschau.

Gewerkschaftliches. Gewerkschaftliche Jugendpartei. Die erste gewerkschaftliche Jugendkonferenz am 19. und 20. August 1921 in Kassel beschäftigte sich u. a. auch mit der organisatorischen Seite der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. „Zur Erledigung gemeinsamer Aufgaben, die über den Rahmen der einzelnen Gewerkschaften hinausgehen, sind durch die Ortsausschüsse des ADGB, Jugendkommissionen (Jugendpartei) zu bilden.“ Entsprechend dieser Ansicht, die in den Leitfäden von Sassenbach zu dem Referat über das lokale und zentrale Zusammenarbeiten niedergelegt ist, wurde eine Kommission beauftragt, Musterstatuten für die gewerkschaftlichen Jugendpartei auszuarbeiten. Der Entwurf liegt nun vor und lautet:

Musterstatuten für das freigewerkschaftliche Jugendpartei.

- § 1. Das Jugendpartei wird gebildet von den gewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenverbänden eines Ortes, die dem ADGB oder dem Afa-Bunde angeschlossen sind.
- § 2. Zweck des Jugendpartei ist die Durchführung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, wie sie durch das Jugendprogramm des ADGB gefordert wird.
- § 3. Auf Vorschlag der Jugendgruppen in den einzelnen Gewerkschaften von den Ortsverwaltungen entsandene Vertreter bilden das Jugendpartei. Auch solche Verbände, die keine Jugendgruppen oder nur eine geringe Anzahl von jugendlichen Mitgliedern haben, sind zur Entsendung von mindestens einem Vertreter verpflichtet.
- Die Vertreterzahl richtet sich nach der Zahl der in den einzelnen Gewerkschaften vorhandenen jugendlichen Mitglieder unter 18 Jahren. Die Ortsausschüsse des ADGB und des Afa-Bundes sind durch je ein Mitglied vertreten.
- § 4. Die Vollversammlung des Jugendpartei wählt alljährlich aus ihrer Mitte einen geschäftsführenden Ausschuss, dem je ein Vertreter der Ortsausschüsse des ADGB und des Afa-Bundes angehören müssen.
- § 5. In die Vollversammlung der Ortsausschüsse des ADGB und des Afa-Bundes entsendet das Jugendpartei mindestens je einen Vertreter.
- § 6. Die Finanzierung des Jugendpartei übernehmen die Ortsausschüsse des ADGB und des Afa-Bundes.

Die Kasseler Konferenz sah die Notwendigkeit der Bildung solcher Kartelle besonders in den Orten gegeben, wo die einzelnen Verbände infolge zu geringer Mitgliederzahlen nicht in der Lage sind, praktische Jugendarbeit zu leisten. Durch Zusammenfassung der jugendlichen Mitglieder aller freien Gewerkschaften eines Ortes wird es aber sicher überall möglich sein, den Bedürfnissen der Jugend nach Belehrung, Unterhaltung usw. Rechnung zu tragen. Aber auch in größeren Städten ist die Kartellbildung deshalb von Wert, weil durch sie die auf die Dauer einseitig wirkende Tätigkeit innerhalb einer Berufsgruppe eine wertvolle Bereicherung und Abwechslung erfahren wird.

Weiter kommt in Betracht, daß die vom Reichsausschuss der Arbeiterjugend-Organisation seinen angeschlossenen Verbänden empfohlene Zusammenarbeit in Ortsausschüssen voraussetzt, daß die gewerkschaftliche Jugend durch ein Kartell zusammengefaßt ist. Aus all diesen Gründen ist zu erwarten, daß der Wert solcher Kartelle überall erkannt wird und ihre Gründung erfolgt.

Die Musterstatuten werden zur Diskussion gestellt, um auf der gewerkschaftlichen Jugendkonferenz, die zwei Tage vor dem nächsten Gewerkschafts-Kongress stattfinden wird, endgültige Fassung zu erhalten.

Die „Führer“ in der Gelsenkirchener Union. Um die Aufmerksamkeit von ihrer unsauberen Geschäftsführung abzulenken, beschimpfen die „Bonzen“ der Gelsenkirchener Union den Bergarbeiterverband in einem Flugblatt als „gelbe Sumpfpflanze“ und seine Angehörigen als „gelbe Gefinnungsführer“. Die Sache wird halbwegs verständlich durch die Feststellung der „Bergarbeiter-Zeitung“, daß die Geschäftsleitung der Union sie bereits dreimal verklagt hat, die Klagen aber jedesmal wieder zurückgezogen, bevor sie den mit der Klage Bedachten zu Gesicht kamen. Gegen ein Kontrollauschussmitglied der Union war Klage angestrengt und zwar wegen Unterschlagung. Auch diese Klage wurde zurückgezogen, als der Prozeß die Verleugung des Geschäftsbüchergeschehens erforderlich machte. Da schließlich auch die Mitglieder der Union der Geschäftsleitung wegen ihrer Finanzwirtschaft auf den Buch Klopfen, behauptete diese, ihre Bücher seien von einem vereidigten Bücherrevisor geprüft und in Ordnung befunden worden. Der Schwindel ist jetzt aufgedeckt. Der angeblich vereidigte Revisor aus Berlin ist ein 18-19jähriger junger Mann, der in dem Bureau der Union mit Nebenarbeiten beschäftigt war. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ richtet an die Kontrollkommission die Frage, ob es wahr sei, daß sie die Geschäftsbücher in Ordnung gefunden hat. Behauptet sie dies, dann sei sie entweder unfähig zu ihrem Amt, oder aber sie habe den Schwindel.

Genossenschaftliches. Die Beziehungen der Verbraucher-Genossenschaften zu den landwirtschaftlichen Genossenschaften wurden in einer am 12. Januar d. J. in Hamburg im Saale der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine unter Vorsitz von Herrn Heinrich Kaufmann abgehaltenen Konferenz eingehend erörtert. Es nahmen daran teil Vertreter des Reichsverbandes und des Generalverbandes deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften, des Zentralverbandes und der Großverkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., des Reichsverbandes und der Großverkaufszentrale deutscher Konsumvereine und des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Die angetragene Aussprache führte zu einer vollen Verständigung über die gemeinsam zu treffenden Maßnahmen. Es wurde beschloffen, eine ständige Kommission einzusetzen, die aus je drei Vertretern der Spitzenorganisationen der Produzenten- und Konsumentengenossenschaften besteht und die allgemeine Förderung des direkten Bezugs der Verbraucherorganisationen von den Erzeugerorganisationen bezweckt. Die Kommission hat ihre Tätigkeit bereits aufgenommen und am 18. Januar die erste Sitzung abgehalten. Sie arbeitet künftig unter dem Namen „Wirtschaftsausschuss der deutschen Erzeuger- und Verbraucher-Genossenschaften“.

Die Hebe des Großhandels und verwandter Kreise gegen den Beschluß des Steueraususses des Reichstags bezüglich der Genossenschaften hat sich noch verstärkt. Organisationen des Groß- und Einzelhandels, Handelskammern, deren Vorfechter und andere erheben ein lautes Geschrei, um die gerechte Behandlung der Genossenschaften bei der Umsatzsteuer zu hintertreiben und sei es mit der demagogischen Bemerkung vom Ausfall an Steuern, den die Verbraucher doch wieder weitmachen müßten. Ganz mit Recht fragt die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ in ihrer neuesten Nummer, wo denn diese Vorzüge bisher blieb, als nur ein Bruchteil der Umsätze durch den privaten Handel zur Umsatzsteuer gemeldet wurde. Nun scheint es nach einer Zuschrift des Reichstagsabgeordneten von Graefe an die „Medienburger Warte“ die Absicht bestimmter Kreise in der Gesetzgebung zu sein, den Antrag des Steueraususses auf teilweise Freistellung aller einem Revisionsverband angehörigen Genossenschaften von der erhöhten Umsatzsteuer zu verweigern und, wenn möglich, aus ihm die Konsumgenossenschaften auszunehmen. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ hält es angebracht der Hemmungslustigkeit der politischen Parteienmoral und der Weitmachigkeit der politischen Gewissen schon für möglich, daß die „Taktik“ derer um Graefe im Reichstag allerlei Liebhäber fin-

den und den Antrag Hammer in Gefahr bringen kann. Um so mehr sei es Pflicht aller beruflichen Vertreter der Verbraucherinteressen, auf dem Posten zu sein. Wer in dieser ersten Frage verjage, aus parteitaktischen Erwägungen „umkippe“ oder in den entscheidenden Stunden absichtlich oder fahrlässig fehle, der verwirle den Anspruch auf den Namen eines Volksvertreters und auf das künftige Vertrauen der Millionen organisierter Verbraucher.

Beachtliche Notizen. Zur Förderung des Wohnungsbaues. Aus dem Reichsarbeitsministerium wird dazu geschrieben: Dem Reichstag ist der Entwurf einer Novelle zum Wohnungsabgabengesetz vom 28. Juni 1921 zugegangen, das bekanntlich zur Deckung der Baukostenbeihilfen eine Abgabe in Höhe von 10 v. H. der Friedensmietwerte der vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäude aller Art vorsieht. Hier von sind 5 v. H. für die Länder und 5 v. H. für die Gemeinden (Gemeindeverbände) bestimmt. Nach dem Entwurf sollen diese Sätze für Land- und Gemeinden auf je 25 v. H. erhöht werden, so daß der Gesamtbeitrag 50 v. H. der Friedensmietwerte betragen soll. Die zu erwartende Mehreinnahme wird auf 2 Milliarden Mark geschätzt. Dieser Betrag ist mindestens erforderlich, um ein selbst beschicktes — Bauprogramm für 1922 zu ermöglichen. Die notwendigen Baukostenzuschüsse sollen wie im Vorjahre möglichst durch Anleihen aufgebracht werden, zu deren Verzinsung und Tilgung die neue Abgabe dienen soll. Was zum Anleihebedienst nicht gebraucht wird, soll unmittelbar zur Gewährung von Baukostenbeihilfen Verwendung finden.

Der chemische Mensch. Auf die Frage: Woraus besteht der Mensch? gab ein amerikanischer Chemiker in der Zeitschrift „Electrical Experimenter“ folgende Antwort: Ein Mann, der 150 (englische) Pfund wiegt, enthält ungefähr 3500 Kubikmeter Gas — Sauerstoff, Wasserstoff und Stickstoff — die als Gaslicht-Beleuchtung für etwa 12 Mark liefern würden. Ferner enthält er Fett für 15 Pfund Licht, die zusammen mit dem Gas eine bedeutende Beleuchtungsmöglichkeit gewähren würden. Sein Körper enthält 22 Pfund 10 Unzen Kohle oder genug zur Anfertigung von 780 Duzend Bleistiften (9360 Stück). Weiter hat er ungefähr 50 Gramm Eisen im Blut, und der übrige Körper enthält Eisen genug zur Anfertigung eines Hafens, der das Gewicht seines Körpers tragen könnte. Ein gesunder Mann enthält 54 Unzen Phosphor. Dieses starke Gift genügt für 800 000 Zündhölzer oder um 500 Personen zu vergiften. Des und zwei Unzen Kalk sind das, was Knochen und Hirn bildet. Wie sauerstoffreich ein Mann auch aussehen mag, er enthält doch etwa 50 Stück Zuder gewöhnlicher Größe. Und als weiteres Gewürz hat er etwa 20 Eßlöffel Salz in seinem Körper. Wenn man das Wasser auspressen würde, das er enthält, würde man ungefähr 38 Quart oder mehr als das halbe Körpergewicht erhalten. Ferner enthält er ein gut Teil Stärke, Potasche, Magnesium usw.

Zahlstellenvorstände

fordert für feststehende Adressen der Zeitungsempfänger! Infolge der außerordentlichen hohen Postkosten beim Steinarbeiterverband in Paketen und Kreuzbänder soll nunmehr vom 1. April 1922 an „Der Steinarbeiter“ für die Zahlstellen und deren Nebenstellen durch das Zeitungsamt überwiesen werden. Dem Verbandsamt werden durch diese Änderung bedeutende Ausgaben erspart. So kostete z. B. die Nr. 4 beim Versand 4308 M. Porto; durch die Postüberweisung werden beinahe die Hälfte Kosten erspart, also jährlich zirka 80000 M., dazu müssen die Zahlstellen mitwirken! Vorbedingung der Überweisung sind feststehende Adressen für mindestens ein Vierteljahr; innerhalb eines solchen sind Adressenänderungen mit großen Umständenlichkeiten verknüpft und deshalb nicht gut möglich. Notwendige Adressenänderungen können nur im ersten Monat nach Vierteljahrschluß (Januar, April, Juli, Oktober) berücksichtigt und müssen dann wie bisher der Verbandsstelle — Leipzig, Zeiger Straße 30, IV, Ausgang C — übermittelt werden. Zu beachten ist jedoch immer, daß bei allen Adressen und Änderungen für den Zeitungsversand auch das zuständige Postamt angegeben wird, sonst ist die Überweisung nicht möglich. In größeren Städten, wo mehrere Postämter für den Stadtbezirk in Frage kommen, haben die Postämter eine Nummer, z. B.: Hamburg 22, Berlin SO 181. In kleineren Orten, wo ein Postamt mehrere Orte besorgt, ist ebenfalls eine genaue Bezeichnung notwendig, z. B.: Oberhardtstraße, Post Schönbach (Niederbayern). Hat nun ein Ort nur ein Postamt und der Zeitungsempfänger wohnt in diesem Ort, dann lautet die Adresse z. B.: Körnbach (Baden). Die Überweisung durch die Post an die Einzelzahler ist bereits so geregelt.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Das Material zur Arbeitslosenzählung für das Jahr 1922 wurde allen Zahlstellen zugesandt. Für den Monat Januar ist eine graue Zählkarte einzusenden. Es ist zu erwarten, daß alle Zahlstellen sich an der Zählung beteiligen. Die Zählkarten sind bis 8. Februar einzusenden. Alle später eingehenden Karten können nicht mehr berücksichtigt werden.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Raumünzach. Für den durch Schiegunfall verunglückten Kollegen sind durch Sammlung nachstehende Beträge eingegangen: Betrieb Trendini 65 M., Betrieb Meier 74 M., Betrieb Riederle 90 M., Betrieb Berger 30 M., aus der Lokalkasse 50 M. Gesamt 309 M. Den Spendern herzlich Dank.

Homburg. Für den durch Brand geschädigten Kollegen H. König wurden von der Zahlstelle Duedborn 50 M., Ober-Widdersheim 160 M., Weitenborn 414 M. gespendet. Im Namen des betreffenden Kollegen besten Dank.

In letzter Zeit mehren sich die Verluste der Mitgliederweise (Interimskarten und Bücher) recht auffallend; eine Veröffentlichung an dieser Stelle erfolgt künftig nur bei Mitgliedsbücher-Verlust. Mit Interimskarten kann weniger Unfug (Unterstützungen) getrieben werden, weil sie alle noch kein volles Jahr mit Marken gefüllt sind und darum keine Unterstützungsberechtigung für den Vorzeiger bedingen.

Adressenänderungen.

- 1. Gau.
 - Feldberg. Vorf.: Franz Wud, Strecker Straße 22.
 - Stettin. Vorf.: Franz Heinz, St. Grünhof, Albertstr. 18 II. Kass.: Friß Konerow, Pionierstraße 9 I. S. II.
- 2. Gau.
 - Grünberg. Vorf.: Josef Hirschmeier, Wallweg 25.
 - Rönigsheim. Vorf.: Paul Gentschel, Nr. 113. Kass.: Karl Kretschmer.
- 3. Gau.
 - Mellenbach. Vorf.: Paul Wachsmuth, Mantelbach, Post Eizenborn (Thüringen).
- 4. Gau.
 - Mosheim. Vorf.: Karl Hellwig.
 - Oberaula. Vorf.: Heinrich Garde.
- 5. Gau.
 - Altendiez. Vorf.: Karl Diehl, Schulstraße 27.
- 6. Gau.
 - Hornberg. Vorf.: Alois Kufner, Gartengäßchen 145. Kass.: Erwin Eisenbach, Hauptstraße.

- 7. Gau.
 - Friedensfeld. Vorf.: Anton Vogt, Frauenreuth b. Friedensfeld.
 - Wunsiedel. Vorf.: Wolfgang Gieger, Eger Straße 147 1/2.
- 8. Gau.
 - Seibingsfeld. Vorf.: Adam Rauh, Ringenstraße. Kass.: Ignaz Lülling, Würzburger Straße 20.
 - Kemback. Vorf.: Andreas Meier. Kass.: Andreas Söner.
 - Röllfeld. Vorf.: Aug. Henz. Kass.: Aug. Stegmann.
 - Rottenbauer. Vorf.: Lorenz Biegler. Kass.: Richard Dit.
 - Beil (Unterfr.). Vorf.: Nikolaus Weitz. Kass.: K. Gschner Nr. 188.
- 9. Gau.
 - Dübelshelm. Vorf.: Heinrich Rang II.
 - Lollar. Vorf.: Christ. Walther, Wiesed.
 - Londorf. Vorf.: Christian Schomber, Geißhausen b. Londorf. Kass.: Gotthard Diehl, Nordde. b. Londorf.
 - Wexlar. Vorf.: Heinrich Schlicht, Niedergirmes, Untergasse.

Briefkasten.

Berlin W. und Coblenz. Durch den Umzug kam Versammlungsinserat zu spät in meine Hände; muß schon entschuldigt werden.

Amerika W. Kalender erhalten. Die Ausführung ist auch in diesem Jahre so kunstvoll wie im Vorjahre. Die Gewinne in der dortigen Steinindustrie sind anscheinend noch größer wie bei uns. Heimlicher Gruß!

Jordan R. Der Betreffende darf nicht ohne weiteres das Kind aus der Schule zurückhalten, es muß volle 8 Jahre zur Schule gehen. Unter besondern Verhältnissen (in der Familie und wenn das 14. Jahr überschritten) kann eine Befreiung eintreten. Der Kollege muß sich an die dortige Schul- und Gemeindebehörde unter Darlegung der Verhältnisse mit einem Antrag wenden.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Freies Volk auf freiem Grund. Eine kurze und bestimmte sozialistische Antwort auf die Frage: Was soll zur Sozialisierung des Bodenrechts geschehen? Von Otto Albrecht. Verlag Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H., Fichtenau. Preis 5.50 Mark, dazu 50 Prozent Zuschlag.

Die russische Revolution, eine kritische Würdigung; aus dem Nachlaß von Rosa Luxemburg, herausgegeben von Paul Levi. Verlag Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H., Fichtenau. Preis brosch. 15 Mark, gebunden 20 Mark, dazu 50 Prozent Zuschlag.

Die Schule der werdenden Gesellschaft. Von Dr. Fritz Karsen, Oberstudiendirektor. Preis 7 Mark. 1922. J. G. W. Dieck Nachf. — Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Der Sozialismus einst und jetzt. Streitfragen des Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart von Eduard Bernstein. 1922. Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 20 Mark.

Berjammlungs-Anzeige.

Kein Mitglied soll fehlen.

Baun. Sonntag, 5. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Restaurant Büttner.

Kachelshausen. Sonntag, 5. Februar in Holzhausen im Gasthaus zur Linde, 1 Uhr mittags.

Nachen. Die Monatsversammlung findet jeden ersten Montag im Monat, anschließend nach Arbeitsluß, im Lokale Rooden, Lothringer Straße, statt.

Anzeigen

Berlin

Die Zahlstelle Brinzen-Allee (Gesundbrunnen) befindet sich jetzt Hochstr. 22 (Zigarrengeschäft) bei Kollegen Kubner. Die Ortsverwaltung.

Jeder kann Schriftzeichen nach meiner Methode! Franz Siegler, Schriftzeichnerei, Gießen (Hessen).

Steinhauer und Stöber

gegen hohen Lohn oder Akkord gesucht. — Unterkunft vorhanden. **Friedr. Nippus, Ruhrsandsteinbrüche, Sprockhövel i. Westf.**

STEINMETZEN

auf Nesselberger Sandstein für dauernde Arbeit (Bauarbeit) gesucht. **FRITZ SCHNEEBERG, ALTENHAGEN I bei Springe.**

Zwei im Grabst-Infach **Steinmetzen** sofort gesucht. Melbewanderte unverheiratete Mägdchen mit Angabe der Lohnforder. an **E. A. Frommhold, Steinbildhauerei, Eilenburg.**

2 Granitschleifer werden für dauernde Arbeit sofort eingestellt. **Granitwerk E. Köpfer, Schmalkalden i. Thüringen.**

Tücht. Hand- u. Maschinenschleifer stellen sofort ein **Fröbel & Co., Marmorwerke, Erfurt-Nord.**

Tüchtiger Werkzeugschmied (unverheiratet) welcher mit dem Härten von Werkzeug für schwed. Granit vertraut ist, bei gutem Lohn für dauernde Beschäftig. gesucht. **Granitwerke Künzel & Schedler, G.m.b.H., Schwarzenbach a. Saale.**

Tüchtiger Maschinenschleifer für weißen und bunten Marmor für dauernd gesucht. **Christian Rupp & Co., Frankfurt a. M., Bergerstr. 234/36.**

Tuberkulose, Scrophulose, Englische Krankheit Chronische, Rheumatismus, Haut- u. Beinleiden

Lichtheilbehandlung

Lichtheilinstitut Dr. med. C. H. GERTSMEIER, WOLFSTEIN (Pfalz). — Tag und Nacht — Telephon 42

Einige Granitsteinmehnen für sofort gesucht. **Otto Schwarz, Löbejün b. Halle a. S.**

2 tüchtige Sandsteinmetzen auf Grabdenkmäler für sofort gesucht. **P. Diehl, Gera, Hospitalstraße 49**

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik einzuwandeln werden.)

In **Bunzlau** am 19. Januar der Drecher **Julius Picha**, 47 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Kiefernfelden** am 23. Januar die Mosaitarbeiterin **Anna Gialinger**, 85 Jahre alt, Lungenerkrankung.

Gebt ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: **Hermann Siebold**, Verlag von **Ernst Winkler**, beide in Leipzig. Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.